

EU – AFRIKA – CHINA: MÖGLICHKEITEN EINER TRILATERALEN PARTNERSCHAFT

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG MIT DEM DEUTSCHEN
INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK UND DER KFW ENTWICKLUNGSBANK
BONN, 29. SEPTEMBER BIS 1. OKTOBER 2008

China steht schon jetzt als Geschäftspartner afrikanischer Staaten in der vordersten Reihe. Das Handelsvolumen ist zwischen 2002 und 2007 von 10 auf 56 Milliarden US-Dollar gestiegen. In zwei Jahren soll es nach Schätzungen die 100-Milliarden-Marke erreichen – und könnte dieses Volumen eher überschreiten. Dann würde China den bisher größten Handelspartner USA auf Platz zwei verweisen. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) holt das Reich der Mitte mit mittlerweile mehr als 700 Entwicklungsprojekten gegenüber den traditionellen Geberländern sichtbar auf. Nahezu die Hälfte der chinesischen Entwicklungshilfe, insgesamt geschätzt auf 1,5 Milliarden US-Dollar jährlich, fließt bereits nach Afrika.

Auch Peking profitiert von der neuen Partnerschaft: Knapp ein Drittel der chinesischen Ölimporte kommen aus afrikanischen Quellen. So hat beispielsweise Angola Saudi-Arabien als größten Öllieferanten Chinas abgelöst. Im Gegenzug haben die Chinesen Angola Milliardenkredite gewährt. Jetzt bauen chinesische Unternehmen Straßen und Eisenbahnlinien und sorgen für ein flächendeckendes Kommunikationsnetz.

Öl aus Angola oder dem Sudan, Kupfer oder Gold aus Kongo – dagegen großzügige Kredite, Schuldenerlass, Straßen, Autobahnen, Krankenhäuser oder Wohnungen, gebaut mit chinesischem Kapital und häufig auch mit chinesischer Arbeitskraft. Dieses Bild lässt sich inzwischen an vielen Orten unseres Nachbarkontinents nachzeichnen. Dennoch: China ist weit davon entfernt, die Rohstoffgewinnung in Afrika zu dominieren. Die bedeutenden Ölfelder sind zu mehr als 90 Prozent nicht in chinesischer Hand und wertvolle Gesteinslagen werden überwiegend von transnationalen Konzernen aus Australien, Kanada, den USA oder Südafrika ausgebeutet.

Chinesen und Afrikaner sehen in der Süd-Süd-Kooperation eine „Win-win-Situation“. Die Chinesen treten nicht großmächtig auf und sie haben sich den Ruf erworben, zu halten, was sie versprechen. Sie sind

schnell und arbeiten effizient. In der Entwicklungszusammenarbeit hat China einen Wettbewerb geschaffen, der in vielen afrikanischen Ländern sehr willkommen ist, weil er Alternativen zum Engagement der traditionellen, westlichen Geberländer bietet.

China, im Selbstverständnis noch immer weltgrößtes Entwicklungsland, wird von den afrikanischen Staaten als Partner auf Augenhöhe gesehen. Ein Partner, der – anders als Europäer, Amerikaner, Weltbank oder Internationaler Währungsfonds – keine Bedingungen in Sachen Demokratieentwicklung, Geschäftstransparenz, Strukturreformen oder Schuldentrückzahlung stellt.



Während die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sich bemühen, ihre Strategien an Armutsminderung, guter Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung in den afrikanischen Partnerländern auszurichten, konzentrieren sich chinesische Aktivitäten vor allem auf die Regierungen als Partner – egal auf welcher Basis diese Regierungen stehen. Kredite werden dementsprechend nicht an politische Bedingungen geknüpft.



*links: Armin Laschet,
Familienminister NRW*

*rechts: Elisabeth
Sidiropoulos, Direktorin
von SAIIA (Südafrika)*

Da China nicht Mitglied der OECD ist und seine entwicklungspolitischen Aktivitäten nicht an deren Maßstäben misst, gibt es bisher wenig standardisierten Dialog zwischen den großen westlichen Geberländern und China. Damit existiert aber auch keine Einbindung in einen trilateralen Dialog, an dem Afrika oder afrikanische Staaten beteiligt wären.

Für einen EU-China-Dialog mit Blick auf Afrika bestehen auf verschiedenen Ebenen Ansätze, doch der Verständigungsbedarf ist groß und die Einbeziehung Afrikas unerlässlich. Diesem Ziel dient auch eine Konferenzreihe, die 2006 von der Konrad-Adenauer-Stiftung angestoßen wurde. Nach Begegnungen zwischen europäischen und chinesischen Gesprächspartnern in Brüssel und Peking hat nun erstmals in Bonn eine EU-Afrika-China-Konferenz stattgefunden, die sich den unterschiedlichen Interessen und Zielvorstellungen der Partner widmete.

Der Dialog stößt in der EU und in Deutschland auf großes Interesse: So beteiligten sich neben der Konrad-Adenauer-Stiftung auch die KfW Entwicklungsbank und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) als Veranstalter der Konferenz. Durch die erstmalige Teilnahme afrikanischer Gesprächspartner wurde der bisherige Dialog zum Dialog.

AUSGANGSLAGE

„Miteinander, nicht übereinander zu reden“, beschrieb Bruno Wenn, in der KfW Entwicklungsbank verantwortlich für die Zusammenarbeit mit den Ländern Sub-Sahara-Afrikas, das Ziel der Konferenz. Dabei gehe es vor allem um die Frage, was afrikanische Länder von der EU auf der einen und China auf der anderen Seite erwarteten würden und wie es zu einer EU-Afrika-China-Partnerschaft kommen könne.

Der Dialog über und mit Afrika steht dabei vor der generellen Schwierigkeit, dass Chinas EZ nicht denselben Regeln unterliegt, wie etwa die der europäischen

Staaten. Stärkster Ausdruck des gemeinschaftlichen Vorgehens der EU-Mitgliedsstaaten ist dabei nicht in erster Linie die Politik der EU-Kommission, sondern die internationale Abstimmung über Vorgehen und Ziele innerhalb des Entwicklungshilfe-Ausschusses der OECD, dem „Development Assistance Committee“ (DAC). Dessen Reglement und Leistungsvorgaben (ODA) sind von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele nicht nur der EU, sondern der internationalen Staatengemeinschaft. Es komme sehr darauf an, „China in die OECD-Gremien mit einzu beziehen“, hob auch der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet, in seinem Bundesland auch für Entwicklungsfragen zuständig, bei der Begrüßung der Konferenzteilnehmer hervor.

Allerdings müssen Gespräche mit und über Afrika höchst unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen. Die 2001 aus der „Organisation für Afrikanische Einheit“ (OAU) hervorgegangene Afrikanische Union (AU) hat mit ihren 53 Mitgliedsstaaten (Marokko ist nicht Mitglied) in NEPAD, der „New Partnership for Africa’s Development“, ein gemeinsames wirtschaftliches Entwicklungsprogramm geschaffen. Doch NEPAD, so die Afrika-Expertin und Direktorin des „South African Institute for International Affairs (SAIIA)“, Elisabeth Sidiropoulos, sei „noch nicht in der Lage, ein gemeinsames Entwicklungskonzept in allen Ländern zu implementieren.“

Sidiropoulos betonte auch, dass es sich bei Afrika nicht um einen Akteur handle, sondern die 53 Länder weitgehend eigene Strategien verfolgen würden. Der Wunsch nach einer trilateralen EU-Afrika-China-Partnerschaft stoße in vielen Ländern Afrikas deshalb auf Skepsis — die bilateralen Beziehungen werden als ausreichend empfunden. Chinas Engagement in Afrika sei in vielen Ländern auch deshalb sehr willkommen, weil es in der Zusammenarbeit mit den Chinesen keinen Paternalismus und keine Bevormundung gebe. „Denn Afrika“, so Sidiropoulos, „will nicht gesagt bekommen, was es tun soll.“



*Yang Guang,
Direktor des IWAAS/CASS (China)*

Als „weltgrößtes Entwicklungsland“ sehe man sich gegenüber den Afrikanern in einer Süd-Süd-Kooperation „als Partner auf Augenhöhe“, beschrieb Yang Guang, Direktor des „Instituts für Westasien- und Afrika-Studien an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften“ (IWAAS/CASS), die Haltung der Chinesen. Eine Haltung, die das Engagement in Afrika so erfolgreich macht. China beachte und studiere sorgfältig internationale Prinzipien und Programme, aber es sei nicht Teil derselben. Europa müsse verstehen, dass sich China als „Newcomer“ auf dem Markt der Entwicklungszusammenarbeit betrachte und sich in diesem Zusammenhang in einem Lernprozess befinde.

Yang verwies auch darauf, dass China seine internationale Entwicklungshilfe deutlich gesteigert habe. Etwa die Hälfte des Geldes fließe bereits nach Afrika. Dabei sei die Kooperation mit den Ländern im Wesentlichen eine Staatsangelegenheit. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) spielten kaum eine Rolle. Das chinesische Interesse zielen dabei nicht nur auf die Ressourcen des schwarzen Kontinents: Vielmehr würde auch in Bereiche wie etwa Bildung investiert, so Yang. Im Unterschied zur EU sei chinesische Entwicklungshilfe immer an Projekte gebunden und fließe nicht als Budgethilfe in die Staatshaushalte. Man sehe in den Afrikanern gleichberechtigte Partner. Und: Das chinesische Engagement sei sehr effizient.

Der Sozialwissenschaftler Yang hob aber zudem hervor, dass es zwischen EU und China durchaus strategische Gemeinsamkeiten gebe. So kooperiere man bei der Erreichung der Millenniumsziele (MDG), habe auf beiden Seiten die Märkte für Waren aus Afrika geöffnet und die EU wie auch China trügen zur Stabilität in Afrika bei. Auch könne man sich durchaus über einige Leitlinien internationaler Entwicklungszusammenarbeit verständigen.

Um Kooperationen zwischen EU und China in Afrika zu fördern, so Yang, seien vertrauensbildende Maßnahmen nötig. Dies betreffe auch eine stärkere Einbezie-

hung der Medien, die das chinesische Engagement in Afrika meist verzerrt und falsch darstellen würden. China sehe sich nicht in dem Maß als Konkurrent der EU, wie dies oft behauptet werde. Oft würden Leitlinien einer freiheitlichen Entwicklung und guten Regierungsführung, mit denen besonders die EU-Länder ihre Zusammenarbeit verknüpften, als Konfliktpunkte im Verhältnis zu China angeführt. Das sei, führte Yang aus, so nicht richtig: Wenn etwa mit dem Kriterium „gute Regierungsführung“ eine „wirksame Regierungsführung“ in den Ländern Afrikas gemeint sei, sei man sich darin einig.

Mit Blick auf die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit sagte Kojo Asante vom „Center for Democratic Development“(CDD) in Ghana, China müsse mehr als bisher auf das Regierungshandeln in den Ländern Afrikas achten. Da Afrika bisher nicht mit einer Stimme auftrete, sei es wichtig, Organisationen wie NEPAD zu stärken. Die wachsende chinesische Präsenz in Afrika werde nicht überall nur positiv gesehen. Die von den Chinesen gerne angeführte „Win-win-Situation“ sei etwa bei den von afrikanischer Seite sehr gewünschten Investitionen in die Infrastruktur, doch keineswegs überall gegeben. So müsse sich China vorhalten lassen, zwar enorm in Afrika zu investieren, aber zugleich nichts dafür zu tun, die heimische Bevölkerung in Lohn und Arbeit zu bringen.

Da aber der Ausbau der Infrastruktur in vielen afrikanischen Ländern weit oben auf der Prioritätenliste steht, sind die chinesischen Angebote in diesem Sektor höchst willkommen. Darauf wies auch Tsido Disenyana, stellvertretender Projektleiter des „Development through Trade programme“ beim SAIIA in Südafrika, hin. Er nannte eine Reihe von Beispielen aus Kenia wie die von Chinesen errichteten Sonnenkollektoren in Nairobi. Auch im Bereich der Telekommunikation spiele China mit zwei von fünf in diesem Sektor tätigen Unternehmen eine bedeutende Rolle. Durch deren Engagement seien Produkte und Netzzugang preiswerter und für viele damit bezahlbar geworden.

*Bruno Wenn, KFW
Zhao Changhui, Eximbank
Dr. Thomas Fues, DIE
Tsidiso Disenyana, SAIIA
Michael Gahler, MdEP
(v.l.)*



DER TRILATERALE DIALOG, BILANZEN, PERSPEKTIVEN

Vor welchen Problemen steht der trilaterale Dialog aktuell, welches sind die Akteure, wo können gemeinsame Zielvorstellungen definiert werden, wie kann man vor allem auch im Interesse von Umwelt- und Ressourcenschutz besser kooperieren? Auf der einen Seite ist den etablierten Handelspartnern Afrikas mit China eine stetig mächtiger werdende Konkurrenz erwachsen, die sich offenbar bestens darauf versteht, ihre Angebote auf die Bedürfnisse afrikanischer Partner zuzuschneiden und nicht allzu viel Rücksicht auf eine nachhaltige Entwicklung nimmt. Auf der anderen Seite wächst in Peking in eben demselben Maße, wie man sich den Umwelt- und Klimaproblemen im eigenen Land zuwendet, die Bereitschaft, ökologische Aspekte des eigenen Afrika-Engagements stärker zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund hat die Konferenz versucht, Perspektiven künftiger Kooperationen zu finden. Insbesondere deswegen, weil sich auch die Rahmenbedingungen dafür in einem entscheidenden Punkt verändert haben: Die absehbaren und noch nicht absehbaren Folgen der internationalen Finanzkrise lassen auch den chinesisch-europäischen Dialog über Afrika dringlicher und weniger akademisch erscheinen. So nannte Dirk Messner, Direktor des DIE die Lage dann auch „dramatisch“.

Aus der Bewältigung der Finanzkrise müsse eine neue Welthandelspolitik erwachsen, die die Entwicklung Afrikas endlich nach vorne bringe, sagte Messner. Ebenso entscheidend sei für Afrika, dass es im nächsten Jahr gelinge, zu einer globalen Klimaschutz-Ver einbarung zu kommen. 2009 solle auf der Weltklima-konferenz in Kopenhagen eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-protokoll gefunden werden, die erstmals auch die Entwicklungsländer und vor allem Schwellen-länder wie Indien und eben China mit einbezieht.

In Afrika erlebe man derzeit eine Art Kampf um die Vormachtstellung zwischen den traditionellen Handels-partnern und China. Es herrsche ein „kalter statt des nötigen warmen Friedens“, sagte Messner. Der Dialog zwischen Afrika, EU und China könne hier neue Ak-zente setzen, da es – trotz aller Zielkonflikte – ver-bindende Interessen gebe. Dazu sei es nötig, in Ver-trauen und Partnerschaft auch auf persönlicher Ebene zu investieren, die Konferenz verstehe sich als Beitrag dazu. Schließlich müsse es möglichst bald Überein-künfte in ganz konkreten Punkten geben – etwa in der Korruptionsbekämpfung.

Dass China und die EU nicht zuletzt mit Blick auf Außenhandelsbilanzen und Arbeitsplätze ein originäres In-teresse an einem prosperierenden Afrika haben müssen, hob auch Frank Spengler, in der Konrad-Adenauer-Stiftung stellvertretender Leiter der Haupt-abteilung Internationale Zusammenarbeit, hervor. Je mehr Afrika zu einer Selbstbestimmung finde, desto schneller werde die klassische Entwicklungshilfe an Bedeutung verlieren. Die EU versuche daher, mit afri-kanischen Ländern strategische Partnerschaften zu begründen. Denn künftig, so Spengler, gehe es nicht mehr nur um reine Armutsminderung. Auch wenn die-se natürlich auf der Tagesordnung bliebe: Die Wah-rung der Menschenrechte, Demokratieentwicklung und gute Regierungsführung müssten daher von den Gebern weiter als Zielvorgaben beachtet werden.

Uwe Wissenbach, Mitarbeiter der Generaldirektion Entwicklungszusammenarbeit der EU-Kommission und China-Experte, wies auf die noch sehr ungleichen Handels- und Investitionsbilanzen zwischen EU und Afrika auf der einen sowie China und Afrika auf der anderen Seite hin. Danach ergibt sich folgendes Bild: Handel und Investitionen zwischen der EU und Afrika in Höhe von 232 Milliarden Euro (2007) stehen 53,6 Milliarden im Falle Chinas gegenüber.

23 Prozent der EU-Importe aus Afrika bestehen aus dort gefertigten Waren, 11 Prozent aus Nahrungsmit-



*Frank Spengler, stellv. Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit der KAS*

teilen und landwirtschaftlichen Produkten. Öl hat die EU im Jahr 2007 im Wert von 62,5 Milliarden Euro aus Afrika importiert, davon 30 Prozent aus Ländern südlich der Sahara. Zu den wichtigsten Öl-Lieferanten der EU gehören Libyen, Algerien und Nigeria.

Beim Export profitieren die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas (Least Developed Countries, LDCs) vom zollfreien Zugang zu den Märkten der Europäischen Union. Damit ist die EU insgesamt der größte Exportmarkt für afrikanische Waren. Annähernd 85 Prozent des afrikanischen Exports an Baumwolle, Früchten und Gemüse gehen in Länder der EU.

Direktinvestitionen aus EU-Ländern erreichten zwischen 2005 und 2006 eine Gesamtsumme von mehr als 28 Milliarden Euro. Über 50 Prozent der bilateralen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, die von der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsländern insgesamt aufgewendet wurden, entfielen im Jahr 2006 auf Projekte und Budgethilfen in Ländern Afrikas — in der Summe machte das mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfen für Afrika aus. Bis 2010 will die EU ihre Entwicklungshilfe zur Armutsminderung um die Hälfte erhöhen. EU- und OECD/DAC-Mitglieder, also auch die Vereinigten Staaten, haben 2006 zu einem Schuldenabbau von 9,7 Milliarden Euro beigetragen.

Der Blick auf die chinesisch-afrikanischen Handelsbilanzen ergibt folgendes Bild: Die chinesischen Importe aus Afrika bestehen zu 71,8 Prozent aus Öl und Kraftstoffen. Im vergangenen Jahr hat China 32 Prozent seines Öl-Bedarfs im Wert von 19 Milliarden Euro aus afrikanischen Quellen gedeckt — zu 90 Prozent aus Ländern südlich der Sahara. Hauptöllieferanten sind Angola, Sudan und Kongo. Für 450 Warenarten aus 29 gering entwickelten Ländern Afrikas hat China die Zölle abgebaut.

Die chinesischen Aufwendungen für Entwicklungshilfe werden auf etwa 1,5 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt. Dabei haben die Chinesen angekündigt, bis

2009 ihre Entwicklungshilfe für Afrika zu verdoppeln. 31 afrikanischen Ländern hat China bereits heute Schulden in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar erlassen.

Eine trilaterale Kooperation, so Wissenbach, müsse die Perspektiven des gesamten Kontinents im Blick haben und die AU stärken. Auf lange Sicht sei es deshalb nicht nur wichtig zu prüfen, wie sehr das Entwicklungs-Engagement die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika verbessere, sondern es müsse auch mehr Einigkeit über Entwicklungsziele und globale Fragen erzielt werden. Dies sei nur Schritt für Schritt auf einem pragmatischen Weg mit Offenheit und beiderseitigem Respekt zu erreichen. Als mögliche Maßnahmen auf diesem Weg nannte der Entwicklungs-Experte der EU unter anderen eine Erweiterung des EU-China-Dialogs durch Einbeziehung der afrikanischen Partner sowie die Unterstützung für eine den Kontinent übergreifende afrikanische Willensbildung. Damit könne Afrika auf die globalen Probleme wie etwa den Klimawandel besser reagieren.

WIRTSCHAFTLICHE KOOPERATIONEN

Der Diskussionsverlauf während der zweitägigen Konferenz hat die Frage, ob und in welchen Bereichen es zu einer trilateralen EU-China-Afrika-Partnerschaft kommen kann, nicht abschließend klären können. Gleichwohl hat der Gedankenaustausch veranschaulicht, wie groß die Informationsdefizite auf allen Seiten sind. Von afrikanischer Seite wird bei der Diskussion um eine trilaterale Partnerschaft häufig die Frage gestellt, wem diese am Ende dienen solle.

Auch die chinesische Seite zeigt sich in diesem Punkt eher zurückhaltend. Zhang Yongpeng, stellvertretende Direktorin der „International Relation Studies“, IWAAS/CASS, bezeichnet die Frage nach bilateralen oder trilateralen Beziehungen denn auch als „nicht so dringend“. Wichtiger als staatliche Institutionen sei die Rolle der Unternehmen bei der Entwicklung afrikanischer Länder. Yongpeng: „Wenn sie sich an die Regeln halten, sollten



Unternehmen Vorfahrt haben“. Dass das freie Spiel der Kräfte nicht immer zu den gewünschten Ergebnissen führt, wird offenbar aber auch auf chinesischer Seite gesehen. Eine nachhaltige Entwicklung Afrikas liege auch im chinesischen Eigeninteresse, hieß es dazu.

Kritisch und eher distanziert werden dagegen die internationalen Initiativen und Gremien betrachtet, in denen es bislang keine chinesische Beteiligung gibt, zum Beispiel EITI, die Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (Extractive Industries Transparency Initiative). Ziel von EITI ist es, die Transparenz der Zahlungen bei der Förderung von Öl, Gas und anderen Rohstoffen zu erhöhen. Die Initiative soll dazu beitragen, dass die mit der Förderung von Rohstoffen erzielten Finanzmittel nachvollziehbar in die öffentlichen Haushalte gelangen und etwa zur Bekämpfung der Armut eingesetzt werden.

Wie dringend eine Abstimmung gerade mit Blick auf Infrastruktur-Investitionen nötig sei, machte auch Bruno Wenn (KfW) deutlich. Wenn forderte die chinesische Seite auf, sich an Zielbestimmungen und Vereinbarungen, wie sie etwa im Rahmen des DAC der OECD getroffen werden, zu beteiligen. So gebe es zwar etliche Gebiete, die für eine EU-China-Kooperation in Afrika geeignet seien, man wisse aber zu wenig voneinander.

Nötig sei ein intensiver Austausch gerade über Finanzierungsprinzipien und Erfahrungen. Wie gingen chinesische Unternehmen und Investoren beispielsweise mit dem Problem der Kostendeckung bei Wassergewinnung und Energieanlagen um? Wie und aufgrund welcher Erfahrungen bei afrikanischen Projekten wolle China für eine umweltgerechte Entwicklung sorgen?

Für die afrikanischen Regierungen, so Wenn weiter, sei es mehr denn je wichtig, eigene Entscheidungen für die Entwicklung ihrer Länder zu treffen und Strategien für den Umgang mit dem vielfältigen Angebot an unterschiedlichen Finanziers und Finanzierungen zu ent-

wickeln. Es liege an den Afrikanern zu sagen, ob sie mehr Wettbewerb und Diversifizierung oder mehr Koordination und Reglement wollten. Gerade im Hinblick auf Infrastrukturprojekte müsse die Frage geklärt werden, inwieweit eine EU-China-Kooperation bei solchen Projekten aus afrikanischer Sicht Vorteile bringe.

KLIMAWANDEL UND KNAPPE RESSOURCEN

Nach Projektionen der OECD wird der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 37 Prozent und bis 2050 um 52 Prozent steigen, wenn keine weiteren Maßnahmen getroffen werden, diesen zu begrenzen. Weiter geht man davon aus, dass die Landnutzung bis 2030 um etwa zehn Prozent zunehmen wird — vor allem durch den steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen. Etwa eine Milliarde Menschen würde, wenn sich der Klimawandel unbeeinflusst fortsetzt, in Gebieten mit Wasserknappheit leben. Zugleich nimmt die OECD-Projektion an, dass sich die weltweite Wirtschaftsleistung bis 2030 nahezu verdoppelt. Würde nur ein Prozent dieses Wachstums in entsprechende Investitionen gelenkt, so könnte die Luftverschmutzung um ein Drittel und die Treibhausgasemissionen gegenüber 2008 um zwölf Prozent reduziert werden.

Einen Einblick darin, welche Folgen der Klimawandel für Menschen, Umwelt und Pflanzenvielfalt auf dem afrikanischen Kontinent schon jetzt hat, gab Wilson Kipkore, Leiter des „Environmental Security Programme“ am „Institute for Security Studies“ (ISS) in Nairobi, Kenia. Die Länder im Osten Afrikas seien eine der Regionen auf dem Kontinent, die am stärksten vom Klimawandel beeinträchtigt werde, sagte Kipkore.

Für 80 Prozent der Bevölkerung bilde die Landwirtschaft die Lebensgrundlage. Jahr für Jahr aber gingen die Niederschlagsmengen zurück, was unmittelbare Folgen für Ernteerträge und damit auch für ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln habe. Noch immer hätten zwei Drittel der Menschen im ländlichen Afrika und ein Viertel der städtischen Bevölkerung un-



Yao Guimei, IWAAS/CASS

zureichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser. Selbst in Nairobi herrsche beim Trinkwasser eine bislang nicht gekannte Knappheit. Es fehle aber etwa beim Wassermanagement an Know-how und technischen Ressourcen, um auf diese Lage adäquat reagieren zu können.

Dass die Länder Afrikas Hauptleidtragende des Klimawandels sind, ist unstrittig — und wiege umso schwerer, als Afrika am wenigsten zu den Verursachern der Emissionen gehöre. He Wenping, Direktor für Afrika-Studien in Peking (IWAAS/CASS), sagte dazu, Erwärmung, Dürre, Wüstenbildung als Folge des Klimawandels betreffe alle Lebensbereiche. Vordringlich sei es nötig, sich um ein besseres Wassermanagement zu kümmern.

In China sei man sich der globalen Verantwortung durchaus bewusst. Mit Schuldzuweisungen an die Hauptverursacher des Klimawandels sei es nicht getan. Vielmehr wolle man als größtes Land der Welt diese Verantwortung auch wahrnehmen. Für China seien die Umweltschäden und Klimaveränderungen eine neue Herausforderung, die das Land im Zuge des gigantischen Wirtschaftswachstums so nicht haben kommen sehen, sagte Wenping und fuhr fort: „Unsere Regierung meint es ernst. Wir wollen einen blauen Himmel und frische Luft auch nach der Olympiade.“ Zeichen dafür sei auch, dass man in Peking ein neues Umweltministerium geschaffen habe. Mit Blick auf Afrika fehle es jetzt an Konkretisierungen bis hinunter auf lokale Ebenen. Um dem Klimawandel und den Umweltproblemen zu begegnen, sei „eine große Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft, Regierungen und Wirtschaft die einzige richtige Antwort“.

Die Europäische Union sei offen für solche Partnerschaften, sagte Uwe Wissenbach als Vertreter der EU-Kommission. Alles hänge davon ab, dass es beim Klimagipfel 2009 in Kopenhagen gelinge, sich auf ein neues Klimaabkommen zu verständigen. Würde ein solches nicht zustande kommen, zahle vor allem Afrika den Preis.

Dirk Messner schloss sich dieser Einschätzung an: „Wenn Kopenhagen scheitert, hat das weit größere Auswirkungen als die gegenwärtige Finanzkrise.“ Wünschenswert sei es, wenn von Afrika mehr Druck ausgehe, aber vor allem China müsse international in Fragen, wie dem Klimawandel zu begegnen sei, mehr die Rolle einer treibenden Kraft übernehmen. Er schlug vor, ein neues Klimaabkommen als Ausgangspunkt für ein gemeinsames, trilaterales Entwicklungsprojekt zu nehmen.

Die Konferenz hat deutlich gemacht, wie wichtig der Erfahrungsaustausch, mithin der chinesisch-europäische Dialog, mit Blick auf Afrika ist. Für eine europäisch-chinesische Partnerschaft gebe es hinreichenden Handlungsspielraum und Anwendungsgebiete, sagte Bruno Wenn von der KfW. Denn noch fehle es an Know-how bezüglich Geschäftsbedingungen, Finanzierungsprinzipien, Kalkulationen und Erfahrungen auf der einen wie auf der anderen Seite.

Europäische Entwicklungsbanken, so Wenn, wissen kaum etwas darüber, wie chinesische Unternehmen und Finanzinstitutionen Investitionen in Infrastrukturprojekte kalkulieren. Wie bauten die Chinesen etwa im Wasser- oder Energiesektor kostendeckende und wirtschaftlich tragfähige Strukturen auf? Welche Lehren ziehe man aus bereits realisierten Projekten? Welche Bedeutung messe China Fragen der Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit künftig bei? Die afrikanischen Länder wiederum stünden vor einer veränderten Finanzierungslandschaft mit vielen Anbietern und unterschiedlichen Finanzierungsmodellen. Afrika müsse entscheiden, wo eine Partnerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zwischen China und Europa wünschenswert sei.



LITERATURHINWEISE:

- Peter Köppinger: Die Politik gegenüber Entwicklungsländern – ein Feld für eine strategische Partnerschaft zwischen Europa und China?, in: KAS-Auslandsinformationen, 10/2006, S. 78-88.
- Andrea Kolb: Perspektiven für Afrika. Strukturwandel in Entwicklungspolitik und internationaler Zusammenarbeit, in: Die Politische Meinung, Sankt Augustin, 8/2007, S. 27-30.
- Anton Bösl: Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Thesenpapier, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2007.

Zahlreiche Publikationen zum Thema auf der Webseite des Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (www.die-gdi.de) in der Rubrik Publikationen, darunter:

- Schmitz, Hubert/Dirk Messner: Poor and powerful - The rise of China and India and the Implications for Europe, DIE Discussion Paper 13/2008, Englisch.
- Berger, Bernt/Uwe Wissenbach: EU-China-Africa Trilateral Development Cooperation: Common Challenges And New Directions, DIE Discussion Paper 21/2007, Englisch.
- Denise Laufer, Sven Grimm, Thomas Fues (2006): Chinas Afrikapolitik: Chance und Herausforderungen für die europäische Entwicklungszusammenarbeit, Analysen und Stellungnahmen 4/2006, DIE.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin*

Redaktion

*Andrea Kolb, Dr. Peter Hefele
Dr. Sven Grimm, Sabine
Gerhardt*

Text

Wolfgang Wischmeyer

Fotos

*Thierry Hinard, Andrea Kolb,
Matthias Ruchser*

© 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

*Das Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich ge-
schützt. Jede Verwertung ist
ohne Zustimmung der Konrad-
Adenauer-Stiftung e.V. unzu-
lässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Überset-
zungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung in und
Verarbeitung durch elektro-
nische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V., Sankt Augustin/
Berlin

www.kas.de